

**KIRCHENKREIS
JÜLICH**



SYNODE DES KIRCHENKREISES JÜLICH

Wassenberg, 13.11.2010

Bericht des Superintendenten

*»Habe deine Lust am HERRN; der wird dir geben, was dein Herz wünscht.«
(Psalm 37,4)*

*»Gott kann machen, dass alle Gnade unter euch reichlich sei, damit ihr in allen
Dingen allezeit volle Genüge habt und noch reich seid zu jedem guten Werk.«
(2. Korinther 9,8)*

SYNODE DES KIRCHENKREISES JÜLICH

Wassenberg, 13.11.2010 Bericht des Superintendenten

»Habe deine Lust am HERRN; der wird dir geben, was dein Herz wünscht.«

(Psalm 37,4)

»Gott kann machen, dass alle Gnade unter euch reichlich sei, damit ihr in allen Dingen allezeit volle Genüge habt und noch reich seid zu jedem guten Werk.«

(2. Korinther 9,8)

Losung und Lehrtext der Herrnhuter Brüdergemeine für den heutigen Tag. Im Kontext des Lehrverses wirbt der Apostel Paulus in der reichen Gemeinde zu Korinth für eine Sammlung für die arme Urgemeinde in Jerusalem, die der finanziellen Unterstützung bedarf. Paulus begründet im Kontext von Korinther 9, 8 diese Kollekte theologisch. Sie ist wie das Bild des Leibes Christi, das er an anderer Stelle benutzt (1. Korinther 12), ein Bild für die von Gott gewollte Einheit der Gemeinden in der Gemeinschaft der Glaubenden im Geben und Nehmen. Die bedingungslosen Gaben, die die Menschen von Gott erhalten, befähigen dazu, von dem eigenen Reichtum abzugeben. Darin verwirklicht sich die Gerechtigkeit Gottes, die auf gegenseitige Achtung und Fürsorge und das Eintreten für die Gemeinschaft zielt. Sichtbare Gestalt erfährt die Gerechtigkeit Gottes im Aufbau einer Gemeinschaft der Gemeinden zur Kirche Jesu Christi. Für Paulus ist die Kollekte daher mehr als ein Almosen. Sie ist Ausdruck seines Kirchenverständnisses. Für Paulus verwirklicht sich die Kirche in den einzelnen Gemeinden, aus deren Verbundenheit und Solidarität die universale Gesamtkirche lebt. Die Kollekte für Jerusalem als Ausdruck der Solidarität und Verantwortung innerhalb der Gemeinden dient also zum Aufbau der sichtbaren Kirche Jesu Christi.

Die erste Generalsynode von Duisburg 1610 hat die Erkenntnisse des paulinischen Kirchenverständnisses in eine presbyterial-synodale Kirchenordnung gefasst¹. Eine Gemeinschaft der Gemeinden sichert Lehre, Bildung und Fürsorge in den Anfängen der Reformation. Eine solche Ordnung schenkt jedem Menschen Anteil am Heil Gottes ohne Vermittler und Fürsprecher einer autoritären Kirche, befähigt jeden Christen und jede Christin gleichermaßen zur geistigen und geistlichen Leitung der Gemeinden² und sichert einen Finanzausgleich zwischen armen und reichen Gemeinden, damit in jeder Gemeinde eine Schule bestehen und das Wort Gottes gepredigt werden konnte sowie die ausreichende Versorgung der Armen sicher gestellt war.

1. Sichtbare Kirche braucht Struktur

1.1 In der Landeskirche

Am 4. September 2010 in Duisburg hat die Landessynode an die erste Generalsynode erinnert³, sich der Beschlüsse von damals vergewissert, die presbyterial-synodale Ordnung als Ordnungsprinzip unserer

¹ Ich muss hier auf die historischen Rückschlüsse nicht näher eingehen. Auf der Kreissynode im Sommer hat uns Heiner Süsselbeck in einem mitreißenden Vortrag die Bedeutung der ersten Duisburger Generalsynode nahegebracht. Siehe auch das Impulsreferat von Dr. Andreas Mühling, Professor für Kirchengeschichte an der Universität Trier, auf der Sondersynode der Landeskirche am 4. September in Duisburg, www.ekir.de/www/downloads/09_04_Impulsreferat_Muehling.pdf

² Die theologische Voraussetzung der presbyterial-synodalen Ordnung von vor 400 Jahren liegt in der Überzeugung, dass jedem getauften Menschen ein eigenständiger Zugang zu Gottes Gegenwart und „heilsamer Wahrheit“ gegeben ist. Daraus folgt, dass auf allen Ebenen die Gemeinde der Getauften die reine Lehre des Evangeliums bewahren und das Leitungshandeln bestimmen soll.

³ Aus dem Beschluss vom 4. September 2010: *»Die Synode nimmt die Erinnerung zum Anlass, die Beschlüsse der Generalsynode 1610 zu würdigen, ihre Umsetzung in der Kirche von heute kritisch zu überprüfen und zu fragen, in welcher Weise ihre inhaltlichen Entscheidungen weiterzuführen sind. Deshalb nimmt sie die Impulse aus dem »Wegweiser Geschichte - Kritisch lernen aus der Tradition« als Grundlage der weiteren Beratungen auf.*

»Die Vertreter der Generalsynode 1610 reagierten auf die Notwendigkeiten der Gemeinden mit der Etablierung einer überregionalen kirchlichen Lebensordnung. Angesichts der Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Finanzen sind heute alle kirchlichen Ebenen bis hin zur EKD zu neuen Modellen der Kooperation herausgefordert.

Rheinischen Kirche bestätigt⁴ und darum eine Weiterentwicklung beschlossen, die die Bedeutung dieser Ordnung sichert, damit die sichtbare Kirche Jesu Christi zukunftsfähig bleibt.

Schon vor 20 Jahren hat Peter Beier gefordert, dafür die Bedeutung der verschiedenen Ebenen unserer Kirche füreinander neu zu bestimmen, will unsere Kirche auch in Zukunft ihren Aufgaben gerecht werden: »Die Grundfrage in diesem Zusammenhang lautet: Reicht das geltende Ordnungssystem, das sich unsere Kirche gegeben hat, wirklich noch aus? Die Evangelische Kirche im Rheinland ist in ihrer presbyterial- synodalen Gestalt zwischen Saarbrücken und Wesel, zwischen Aachen und Altenkirchen, zwischen Wetzlar und Essen einfach zu groß, sie ist landschaftlich, sozial, politisch und theologisch zu unterschiedlich, als dass wir es uns leisten könnten, in der Weise wie bisher Kirche zu entwerfen und zu formulieren. Wir brauchen deshalb Maßnahmen, die viele Kompetenzen an die Gemeinden, das heißt an den Ort, wo gelebt, geglaubt, gebetet und gehofft wird, zurückgeben. Ich sehe nicht ein, dass Leitungsaufgaben, die von den Gemeinden nur widerwillig an die Kirchenleitung abgegeben worden sind, weiter bei der Kirchenleitung verbleiben. Ferner bin ich fest davon überzeugt, dass die sogenannte »mittlere Ebene«, nämlich der Kirchenkreis und die Region, gestärkt werden muss. Und auch an diese Region sind wichtige Vertretungsaufgaben gesamtkirchlichen Interesses abzugeben, so dass die Landeskirche in den Stand gesetzt wird, sich den wirklichen Leitungsfunktionen zuzuwenden...«⁵

Die gegenwärtig diskutierte Frage nach der Effektivität kirchlichen Handelns zielt auf eine Neustrukturierung unserer kirchlichen Ordnung. Gestalt und Ordnung unserer Kirche sollen durch eine Strukturdebatte, eine Aufgabenkritik und die Überarbeitung der Verwaltungsordnung erneuert werden. Die Frage ist nur, wohin wir die Strukturen unserer Kirche reformieren wollen? Die Verhältnisbestimmung der einzelnen Ebenen unserer Kirche zueinander ist in Bewegung geraten. Gemeinden, Kirchenkreis und Landeskirche konkurrieren um die Gestaltung unserer Kirche, anstatt sie miteinander zu gestalten. Dem Vorwurf des Zentralismus gegenüber der Landeskirche steht der Vorwurf an die Gemeinden und Kirchenkreise entgegen, nicht mehr handlungsfähig zu sein. Die konkrete Leitungsverantwortung der Presbyterien und Synoden aber besteht darin, sicher zu stellen, dass die Gemeinden der Ort bleiben, an dem die Menschen ihrer Kirche nahe sein können und Kirche den Menschen nahe ist.

Machtkämpfe, verletzte Eitelkeiten und übertriebene Befindlichkeiten auf allen Ebenen sind nicht der richtige Weg, der sichtbaren Kirche Jesu Christi eine zukunftsweisende Gestalt zu geben. Manch kirchenleitender Stoßseuffer, der den Neid auf die lutherischen Landeskirchen und ihre konsistoriale Ordnung zum Ausdruck bringt, lässt mich genauso kritisch aufhorchen wie der reflexartige Ruf der mittleren Ebene nach einer starken zentralistischen Steuerung unserer Kirche durch die landeskirchliche Ebene, wie ich ihn immer wieder auf den Superintendentenkonferenzen erlebe. Letzterer scheint bei der Kirchenleitung und im Landeskirchenamt nur den Eindruck zu verstärken, die da unten schaffen es nicht mehr, und deswegen müssten immer mehr Aufgaben von der mittleren Ebene abgezogen und zentral gestaltet werden. Dabei wird zu wenig nach den Ursachen gefragt, warum Kirchenkreise ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen können oder auch nachkommen wollen.

Aufgabenkritik und Strukturfragen sind auf Ebene der Landeskirche in den Mittelpunkt der Überlegungen für die Zukunftsgestaltung unserer Kirche gestellt worden, mit dem Ziel, auf der Landessynode 2012 erste Ergebnisse zu Aufgabenverteilung und Personalstrukturplanung für die ganze Landeskirche (Beschluss 27 LS 2009) vorzulegen, die dann 2013 umgesetzt sein sollen⁶. Dies ist zu begrüßen. Dabei sollten aber für diesen Prozess dringend von Anfang an alle Ebenen unserer Kirche miteinander ins Gespräch gebracht werden. Die Neuordnung darf nicht zentral entwickelt und dann erst in den Kirchenkreisen und Gemeinden zur Diskussion gestellt werden.

Eine Neugliederung und Weiterentwicklung unseres presbyterial-synodalen Systems müsste meines Erachtens sogar vorrangig in den Kirchenkreisen und Gemeinden vorbereitet werden. Auf dieser Ebene

Im Hinblick auf die zunehmend komplexen Anforderungen an das Leitungshandeln sind die presbyterial-synodale Ordnung und das diesbezügliche Bildungsangebot so fortzuentwickeln, dass die Gemeinde der Getauften ihr Recht auf Teilhabe am Leitungshandeln auch weiterhin wahrnehmen kann. Wegweiser Geschichte - Kritisch lernen aus der Tradition: www.ekir.de/www/ueber-uns/beschluss-wortlaut-12141.php

⁴ auch wenn es der Kirchenhistoriker Prof. Mühling in seiner Einbringung auf der Synode als ein Interim bezeichnete, dass paradoxerweise 400 Jahre überdauert hat. Wegweiser Geschichte - Kritisch lernen aus der Tradition: www.ekir.de/www/ueber-uns/beschluss-wortlaut-12141.php

⁵ Peter Beier: Schritte wagen auf dem Weg in die neunziger Jahre. In: Peter Beier, Kirche ist anders. S. 93-98. Neukirchen-Vlyen 1990

⁶ Die Ergebnisse eines landeskirchlichen Beratungsprozesses werden auch Einfluss haben auf die Personalplanung und Personalentwicklung für den Pfarrdienst und die übrigen kirchlichen Dienste.



wird Kirche in der Regel im Alltag der Menschen wahrgenommen, auf dieser Ebene sind wir im Diskurs mit den gesellschaftlich relevanten Gruppen und Kreisen und erleben ihre Wahrnehmung von Kirche und ihre Erwartungen an die Kirche.

Wenn also schon 2012 die Weichen für ein zukunftsfähiges Modell von unserer Kirche gestellt werden, dann müssen wir als Kirchenkreis unsere Erwartungen und Ansprüche zur Neugliederung formulieren und gegebenenfalls durch Beschlüsse unserer Kreissynode an die Landessynode 2012 weitergeben. Dafür werden wir uns mindestens mit den Kirchenkreisen Aachen, Krefeld und Gladbach-Neuss, unserer Kleeblattregion, über Strukturvorstellungen oder gar neue Organisationsformen von Regionen auf Kirchenkreisebenen beraten müssen. Dabei ist zu fragen:

1. Wie beziehungsfähig bleiben wir als Kirche für die Menschen vor Ort?
2. Welche Auswirkungen haben unsere Entscheidungen auf den Personalmix und die Dienstbereiche innerhalb der verschiedenen Ebenen unserer Landeskirche?⁷
3. Welche Auswirkungen haben unsere Entscheidungen auf unser Selbstverständnis als Kirche, die sich dem Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung verpflichtet weiß und vor zwei Jahren die Forderung nach einem »Wirtschaften für das Leben« erhoben hat?
4. Welche Aufgaben müssen gestärkt werden, und welche Strukturmodelle dienen diesen Aufgaben am ehesten?

1.2 Im Kirchenkreis

Im Kirchenkreis können wir auf ein jahrzehntealtes Modell der Regionalisierung zum Erhalt der Leistungsfähigkeit unserer sehr unterschiedlich strukturierten und historisch gewachsenen Gemeinden zurückgreifen. Wie selbstverständlich und wie zukunftsfähig ist unser Modell? In den Gemeinden und Regionen hat eine Diskussion darüber schon begonnen.

Wie können zukünftige Kooperationen einer Gemeinde Ratheim-Gerderath aussehen, die durch ihre Jugendarbeit zum einem mit der Stadt Erkelenz und damit für Abstimmungen mit der Gemeinde Erkelenz und auf der anderen Seite mit dem Jugendamt Hückelhoven und damit der Gemeinde Hückelhoven verbunden ist?

Welchen Einfluss haben die Überlegungen der Gemeinde Hückelhoven, sich von Gebäuden in der Gemeinde zu trennen, auf den Gottesdienstbesuch der Gemeindeglieder an den Nahtstellen zu den Nachbargemeinden?⁸

Wie gestalten sich möglicherweise über die Kooperation in der Kirchenmusik hinausgehende Gemeindekonzepte zwischen Erkelenz und Lövenich-Baal, wenn gleichzeitig die Sorge auftritt, die Gemeinde Lövenich-Baal könne sich in der Neustrukturierung der Region zwischen Erkelenz und Hückelhoven als selbständige Gemeinde verlieren?

Wie stärken wir den regionalen Zusammenhalt, und welche Aufgaben wollen wir zukünftig mit wem gemeinsam verantworten? Wo bilden sich möglicherweise gemeinsame Arbeitsfelder über die gewachsenen Regionalstrukturen hinaus, und was bedeutet das für die Region und die kooperierenden Gemeinden? Welche Auswirkungen haben unsere Entscheidungen auf unsere Gottesdienstgestaltung und die Gemeindezugehörigkeit? Wie feiern wir zukünftig Gottesdienst, an welchem Ort und mit welchen Inhalten?

Fragen, die zwischen den Presbyterien diskutiert werden. Fragen, die die Gemeindeglieder beschäftigen. Hier wird sensibel und mit Augenmaß vorzugehen sein. Davon, wie schwer es ist, das rechte Maß zu finden, könnten die Verantwortlichen in Übach-Palenberg⁹ berichten. Der Verkauf und die Aufgabe von Kirchen und Gemeindezentren und die damit verbundene Neugestaltung der Gottesdienstordnung und Neuausrichtung der Gemeindeangebote braucht Geduld, viele Gespräche,

⁷ Als Pfarrerinnen und Pfarrer stehen wir in einer Dienstgemeinschaft mit anderen Professionen. In Epheser 4, Vers 11 und 12 betont der Apostel die Dienstgemeinschaft der verschiedenen Ämter, die der Zurüstung der Gläubigen und der Erbauung der Kirche Jesu Christi dienen. Eine Rangfolge wird zu Recht nicht festgelegt (siehe auch Barmen IV). Wenn diese Grundlage erhalten bleiben soll, müssen wir uns landeskirchlich auf ein Modell der Planung und Steuerung unserer verschiedenen Dienste und Professionen verständigen und festlegen, auf welcher Ebene die jeweiligen Dienste angesiedelt werden.

⁸ Auch die Gemeinde Heinsberg steht mit ihrer Entscheidung, sich vom Gemeindezentrum Arche zu trennen und durch einen Anbau an die Christuskirche und die Nutzung der Räume des Pfarrhauses für die Gemeindearbeit vor großen konzeptionellen Herausforderungen.

⁹ In Übach-Palenberg hat das Presbyterium die Entscheidung getroffen, die Kreuzkirche und das Gemeindezentrum Boscheln an die Freie Evangelische Gemeinde aus Merkstein zu verkaufen. Am 31.12. wird der letzte Gottesdienst der Gemeinde Übach-Palenberg in der Kirche gefeiert.



Überzeugungskraft, Begeisterungsfähigkeit für das Neue. Patentlösungen gibt es ebenso wenig wie Lösungen, denen alle begeistert zustimmen.

Trotzdem müssen aus Weitsicht Entscheidungen getroffen werden, die schmerzlich sein können. Transparenz in Bezug auf die innere Notwendigkeit und eine Vorstellung davon, wo neben allem Abbau zukünftig auch Gestaltungsspielraum für Neues liegt, wird die Prozesse erleichtern.

Veränderungen können nicht gegeneinander, sondern nur miteinander herbeigeführt werden. Diese Erfahrung haben wir auch gemacht, als ich angeregt hatte, die Kindergärten unseres Kirchenkreises in einem Verbund zusammenzuschließen, um besser auf die sich ständig verändernden politischen Rahmenbedingungen reagieren zu können. In den Gemeinden aber war für ein Verbundmodell keine Zustimmung zu gewinnen¹⁰. Vielleicht sind die Rahmenbedingungen im Kirchenkreis mit wenigen Einrichtungen, verteilt auf viele Jugendamtsbereiche, wirklich nicht vergleichbar mit vielen gelungenen Beispielen von Zusammenschlüssen, über die ich als Vorsitzender des Rheinischen Verbandes für Kindertagesstätten berichten könnte. Am Ende ist auch nicht entscheidend, was meine Meinung ist, sondern was aus Sicht aller Beteiligten das Beste für die Einrichtungen ist. Wenn die Diskussion über die Für und Wider eines Verbundes am Ende die Erkenntnis gebracht hat, dass die Kindergärten für unsere Gemeindegarbeit nicht wegzudenken sind, hat sich die Auseinandersetzung und der einjährige Beratungsprozess gelohnt; immerhin war der Prozess auch der Sorge erwachsen, dass unter den finanziellen Bedingungen Einrichtung nicht zu halten sind. Meine Skepsis, was die Zukunft und die Bedeutung unserer Einrichtungen in der politischen Einschätzung im Gegensatz zu anderen, großen Trägerverbänden betrifft, bleibt. In Übach-Palenberg hat der christliche Kindergartenverein erfahren müssen, dass die von der Verwaltung veranschlagte Finanzierung zur Erweiterung und zum Ausbau für die Betreuung unter Dreijähriger von der Politik nicht bewilligt wurde und der Hinweis laut wurde, dies sei der falsche Träger.

Auch auf diesem Hintergrund hat der KSV in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, der Synode vorzuschlagen, die Trägerschaft der vom Kreis Düren finanzierten Jugendmitarbeiterstelle in der Kirchengemeinde Linnich auf deren Antrag hin zu übernehmen. Sie wäre sonst für uns als evangelische Kirche unwiderruflich verloren, nachdem das Jugendreferat erst vor Jahren um die Stelle gerungen hatte. Als evangelische Kirche eine Stelle in der Jugendarbeit aufzugeben, ist für mich unter den bisherigen guten Rahmenbedingungen der Vereinbarungen zwischen Kirche und dem Kreis Düren keine Alternative, zumal wir gerade für den Bereich Gangelt in Verhandlungen mit dem Kreis Heinsberg zur Schaffung einer weiteren Stelle in evangelischer Trägerschaft in Konkurrenz zur katholischen Kirche sind. Das Signal, an einem anderen Ort eine Stelle aufzugeben, schien aus Sicht des KSV nicht förderlich für die Verhandlungen.

1.3 Als Volkskirche

Missionarisch-Volkskirche¹¹ wollen wir zukünftig sein. Auf diese Formel hat sich die Landessynode Anfang des Jahres in einer Art Leitbild für die zukünftige Entwicklung unserer Kirche verständigt. Sämtliche Entscheidungen über Strukturen, Programme und Maßnahmen sollen künftig an dieser Leitvorstellung ausgerichtet sein¹². Nach dieser Leitvorstellung wollen wir als Kirche auf die Menschen zugehen, um sie mit dem Evangelium in Kontakt zu bringen, wollen sie zum Glauben einladen, ihnen dienen und sie zur Umkehr zu einem neuen Leben in Gerechtigkeit und Solidarität rufen. »Die Evangelische Kirche im Rheinland hat Teil an Gottes Missio, seinem Handeln für die Welt und an seiner Leidenschaft für die Menschen«, heißt es in dem Beschlusstext. Missionarische Kirche zu sein soll dabei helfen, dass Menschen in die Lage versetzt werden, »ihren Glauben zur Sprache zu bringen und die Welt vom Evangelium her zu verstehen«, damit sie ihr Leben auf ein solidarisches Handeln und auf einen Lebensstil hin orientieren können, der zu einem gerechteren, friedlicheren und ökologisch nachhaltigeren Zusammenleben in der Einen Welt führt.

Im Glauben also wollen wir wachsen, damit wir aus dem Glauben heraus leben und Verantwortung tragen können. In einer pluralen Gesellschaft, in der die Bindungskraft des tradierten Christentums nicht mehr selbstverständlich ist¹³, könnte dabei die Dimension kirchlicher Öffentlichkeit mehr an Bedeutung

¹⁰ Ute Schlammer gibt in ihrem Synodalbericht tiefere Einblicke.

¹¹ www.ekir.de/www/downloads/ekir2010-04-12missionarisch-volkskirche-sein.pdf

¹² Erste theoretische und praktische Vorstellungen für Strukturen einer missionarischen Volkskirche finden sich in der Dokumentation eines landeskirchlichen Hearings: Neu Gemeinde Formen. 9. September 2009, Wuppertal. www.ekir.de/www/downloads/ekir2009-12missionarische-volkskirche-hearing.pdf

¹³ Wenn z.B. nach einer wissenschaftlichen Untersuchung von Prof. Dollase, (Prof. für Entwicklung und Erziehung der Universität Bielefeld, Mitglied der Enquetekommission des Landtages NRW „Chancen für



gewinnen. Unsere Kirchen haben jahrhundertlang am Markt gestanden, weit sichtbar neben Rathäusern, Gasthäusern und Geschäften. Im Zentrum des öffentlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Was früher selbstverständlich war, hat heute seine gesellschaftliche Bedeutung verloren. Erst wenn wir aus der Kirche am Markt wieder heraustreten und erfüllt mit der Kraft des Evangeliums auf den Marktplatz zu den Menschen gehen, dürfen wir auch wieder mit Neugier und Zustimmung rechnen. Nur nahe bei den Menschen können wir auf Veränderung hoffen und gesellschaftliche Bedeutung für das öffentliche Reden und den persönlichen Glauben zurück gewinnen.

2. Kirche nahe bei den Menschen

2.1 Bildung

Veränderungen brauchen Zeit, Geduld, Beharrlichkeit und Einsicht. Einsicht gewinnen wir durch Überzeugung und durch Bildung. Mit Menschen die Welt zu entdecken, neue Perspektiven für das Leben zu gewinnen und einen christlichen Standpunkt zu finden, gehört zum Bildungsauftrag unserer Kirche. Bildung ist ein Schlüssel für Veränderung, der persönlichen Lebenssituation und der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Schon in den Beschlüssen der Generalsynode von 1610 ist nachhaltig das reformatorische Verständnis einer Bildung für alle bekräftigt und in praktische Entscheidungen umgesetzt worden¹⁴.

Bildung aber ist kein Geschehen von oben nach unten, ist nicht allein die Vermittlung von Wissen an sogenannte »bildungsferne Schichten«. So wie der Trost Gottes allen Menschen gilt, brechen sich auch die Lebensvorstellungen Gottes immer an den Lebenswirklichkeiten aller Menschen. Die Selbstveröffentlichung des Wortes Gottes ist unserem Reden immer vorgeordnet. An seinem Wort misst sich unser Bildungsauftrag. Kirchliche Bildungsarbeit hat darum die Relevanz des Wortes Gottes für alle gesellschaftlichen Gruppen im Blick und öffnet voreinander und füreinander Lebensperspektiven. Im Jahresprogramm der Erwachsenenbildung findet sich jedes Jahr eine Fülle von Angeboten, die genau diesen Ansatz verfolgen. Neugier zu wecken auf neue Horizonte des Lebens und sich dabei selber immer von Gott in Frage stellen zu lassen, ist die Stärke unserer evangelischen Bildungsarbeit.

Einen solchen Bildungsansatz verfolgt auch die Arbeitsgruppe »Kinderarmut«, die mit Vertreterinnen und Vertretern aller Gemeinden versucht, die ganze Dimension dieses dramatischen Problems zu erfassen. In den Workshops sollen Erfahrungen mit Armut gemacht werden, um nachvollziehen, was es heißt, seinen Alltag aus Armut heraus zu organisieren und zu gestalten. Sich eigener Defizite und Unzulänglichkeiten bewusst zu werden, soll helfen, Vorurteile und Berührungängste abzubauen und eine neue Sicht auf die Armut von Menschen in unseren Gemeinden zu gewinnen. Eine Sicht, die Respekt abverlangt und die Lebensleistung dieser Menschen würdigt. Erst dann können wir wirklich zu Fürsprecherinnen und Fürsprechern dieser Menschen werden. Erst dann werden wir erkennen, dass wir als Kirche des Mittelstandes weit weg sind von deren Problemen und nicht wirklich offen sind für Teilhabe dieser Menschen am kirchlichen und gesellschaftlichen Leben.

Um sich an der öffentlichen Debatte um die Beseitigung von Kinderarmut beteiligen zu können, ist der Kirchenkreis dem bundesweiten Bündnis für Kindergrundsicherung beigetreten. Auf diesem Weg versuchen wir Einfluss zu nehmen auf ein Instrumentarium, von dem wir uns mehr Gerechtigkeit für Kinder versprechen als von einem undurchsichtigen System von Regelsätzen, bei dem Kinder Bittsteller von Leistungen bleiben, die ihnen eigentlich als Rechtsanspruch der Existenzsicherung zustehen, welcher ihnen durch die öffentliche Debatte aber verweigert wird.

Wenn wir die Lebenswelten und Bildungswirklichkeiten von Jugendlichen zusammenbringen wollen, die laut der jüngsten Shell-Studie zwischen Kindern aus der Ober- und Mittelschicht und denen aus sozial schwachen Milieus weit auseinanderliegen, wenn wir die Generation »Perspektivlosigkeit« nicht von der Generation »Zuversicht« abkoppeln wollen, dann braucht es mehr Anstrengung als bisher¹⁵. Für

Kinder“) die religiöse Bildung an zweitletzter Stelle einer repräsentativen Umfrage unter Eltern nach der Wichtigkeit von Förderbereichen in Kindertagesstätten steht, muss uns das eine Warnung sein.

¹⁴ Neben der Betonung der Heiligen Schrift als einzige Richtschnur des Glaubens und der Lehre, wie sie im Heidelberger Katechismus als verbindliche Auslegung betrachtet wurde (§ 4), hat die Synode ein besonderes Augenmerk auf hohe pädagogische und theologische Kompetenz von Lehrern und Predigern gelegt (§ 8), deren gute Ausbildung unverzichtbar für die bildungspolitischen Reformen war, die die Generalsynode anstieß. Insbesondere die flächendeckende Versorgung mit Primarschulen stellte ein ehrgeiziges Ziel der Synode dar: Die Pflicht einer jeden Gemeinde bestand in der Bestallung eines Schulmeisters, der die Aufgaben hatte, alle Kinder der Gemeinde regelmäßig anhand des Heidelberger Katechismus zu unterrichten (§ 8).

¹⁵ Hierzu ausführlich: Thomas Gensicke, Jugendliche zwischen Lebensgenuss und Lebensplanung. In: Klaus Hurrelmann/Heribert Karch, Jugend, Vorsorge, Finanzen - Herausforderung oder Überforderung? Frankfurt a.M. 2010

unsere Kirche muss das bedeuten, in unserem Engagement in der Jugendarbeit nicht nachzulassen, Verlorenes zurückzugewinnen. Darauf zielte unser Antrag an die Landessynode zur Sicherung von Jugendleiterstellen. Ich bin sehr gespannt, wie dieser Antrag im Kontext der Spardiskussionen auf der einen Seite und der finanziellen Mehraufwendungen für NKF auf der anderen Seite diskutiert wird.

2.2 Schöpfungstag

Wirklich auf dem Marktplatz in Erkelenz gestanden haben am ersten Oktoberwochenende das Bistum Aachen und die Kirchenkreise Jülich und Aachen zum ersten gemeinsamen, ökumenischen Schöpfungstag. Auf der dritten europäischen Ökumenischen Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung in Sibiu (Rumänien) 2007 wurde in dem Schlussdokument die Empfehlung ausgesprochen, dass der Zeitraum zwischen dem 1. September und 4. Oktober dem Gebet für den Schutz der Schöpfung und der Förderung eines nachhaltigen Lebensstils gewidmet wird, um den Klimawandel aufzuhalten¹⁶.

Das besondere des Tages war, dass konkrete Handlungsschritte über den ganzen Tag verbunden waren mit dem gemeinsamen Gebet und mit dem persönlichen Zeugnisgeben des Glaubens. Politik, Wissenschaft und Kirche haben dabei gemeinsam ein Bekenntnis zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz abgelegt. Auf einem Markt der Möglichkeiten wurde sichtbar, wie viele Initiativen und Formen des Engagements für die Bewahrung der Schöpfung es bereits in der Region gibt, und wo zukünftige Aktionsfelder liegen können. Wenn auch die Beteiligung durch die Bürgerinnen und Bürger unserer Regionen nicht so hoch wie erhofft war, so hat durch das große Presseecho im Vorfeld und im Nachgang der erste Schöpfungstag seine öffentliche Wirkung nicht verfehlt. Christinnen und Christen stehen ein für Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Das war die klare Botschaft des Tages.

Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke sind dabei keine Option, weil sie dem Bemühen um einen Umbau unserer Energiewirtschaft hin zu nachhaltiger und regenerativer Energienutzung widersprechen¹⁷. Die Entscheidung, künftigen Generationen noch weitere, unberechenbare Lasten zu hinterlassen, ist eine Sünde. Schon jetzt kann niemand sagen, wo radioaktive Abfälle sicher gelagert werden können. Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke oder neue Kohlekraftwerke lösen die Probleme des Klimawandels nicht. Im Gegenteil: Sie zementieren die klimaschädliche Umweltpolitik für weitere Jahrzehnte und blockieren die Energiewende für regenerative Energien.

Eine neue Energiepolitik aber wäre dringend erforderlich, um Klimaschutz, Armutsbekämpfung und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen voranzubringen. Regenerative Energiesysteme leisten nach Auskunft des Solarinstitutes Jülich¹⁸ einen wesentlichen Beitrag¹⁹ zur Lösung der weltweiten Probleme der Überbevölkerung, der Ressourcenknappheit und der Ungerechtigkeit. Ein wichtiger Beitrag dafür wäre der Ausbau der Stromnetze von Europa nach Afrika, damit Sonnenenergie im Winter aus solaren Großkraftwerken, wie sie im Solarinstitut in Jülich entwickelt werden, nach Europa importiert und Windenergie nach Afrika exportiert werden kann. Es war nicht intelligent, in knapp 200

¹⁶ Der ökumenische Tag der Schöpfung hat eine Vorgeschichte: Im Jahr 1989 schlug der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Dimitrios I. vor, einmal im Jahr gemeinsam zum Schöpfer der Welt zu beten: mit Dankgebeten für die große Gabe der geschaffenen Welt und mit Bittgebeten für ihren Schutz und für ihre Erlösung.

¹⁷ Zukünftig kann weiterhin weniger Strom aus Wind oder Sonne in die Netze eingespeist werden, als produziert werden könnte, da Atomkraftwerke wenig flexibel zu- oder abgeschaltet werden können.

¹⁸ Die Fülle der entwickelten Systeme von Kleinstanlagen wie Solarkocher bis zu solarer Großkraftwerkstechnik und ihre weltweite Anwendung findet sich anschaulich zusammengestellt auf: www.dgs.de/uploads/media/Solar-Institut_Juelich_Ueberblick.pdf

¹⁹ Auf einer Fachtagung der Evangelischen Kirche im Rheinland, die ich in meiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für öffentliche Verantwortung für die Landeskirche initiieren konnte, hat Prof. Dr. Bernhard Hoffschmidt vom Solarinstitut aufgezeigt, wie ein Klima der Gerechtigkeit geschaffen werden kann. Entscheidend für den Einsatz von regenerativen Energien ist für Prof. Hoffschmidt die Frage, ob sie gut sind für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und die Verminderung des Migrationsdrucks. Sein Motto des Solarinstituts: Wir schaffen Hoffnung. Hier leistet das Solarinstitut mit seinen Technologien seinen entscheidenden Beitrag. Die Kirchen können seiner Ansicht nach einen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz dieser Technologien in den Entwicklungsländern über ihre Entwicklungshilfeorganisationen leisten; sie können in Deutschland die Diskussion beflügeln, dass politische Akzeptanz geschaffen werden muss, Energie von den Entwicklungsländern zu einem angemessenen Preis abzunehmen, den wir auch zu zahlen bereit sind, damit kein neuer Kolonialismus entsteht.



Jahren die Energieressourcen unserer Erde so maßlos zu verbrauchen. Jetzt brauchen wir endlich intelligente Innovationen als richtungsweisende Entscheidungen für die Zukunft.

Darum setzt sich der Arbeitskreis Energie, (der aus Vertretern der vier Kirchenkreise rund um die Braunkohletagebaue und Unterstützern aus den Kirchenkreisen Aachen und Krefeld besteht), vor Ort auch weiter dafür ein, den Aufschluss weiterer Tagebaue und weiterer Braunkohlekraftwerke wegen ihrer gigantischen Emission von CO₂ zu verhindern.

Hierbei haben wir eine Brücke zur Berlin-Brandenburgischen Landeskirche geschlagen, die am anderen Ende der Republik vor den gleichen Problemen mit den Tagebauen der Oberlausitz steht. Ihre mit großer Mehrheit auf der diesjährigen Herbstsynode²⁰ verabschiedete Ablehnung der umstrittenen CCS-Technologie zur Abspaltung und Speicherung von Kohlendioxid ist aus meiner Sicht nur zu unterstützen. Ich teile ihre Einschätzung, dass auch diese Technologie keine Zukunftstechnologie ist, weil Fragen der Sicherheit und der Kosten nicht abschließend geklärt sind, die Wirkungsgrade von Braunkohlekraftwerken weiter verschlechtert werden und das Verheizen der Heimat über Jahrzehnte fortgesetzt wird.

2.3 Schokoladenaktion

Auf dem kleinen »Markt der Möglichkeiten« auf dem Schöpfungstag in Erkelenz war auch ein Stand der gemeinsamen Schokoladenaktion des Bistums Aachen und der beiden Kirchenkreise Aachen und Jülich vertreten. Leider konnte dort noch keine Schokolade eines bekannten Süßwarenherstellers mit einem trans-fair Siegel angeboten werden. Dennoch muss die Aktion als Erfolg gewertet werden. Das Thema hat medial überregionales Interesse geweckt²¹. Am 7. März haben wir die Aktion mit einem ökumenischen Gottesdienst und einem anschließenden Familientag rund um das Thema Schokolade eröffnet. Am 17. November soll das Aktionsjahr mit einem Hearing in Aachen beendet werden. Charles Cervigne hat als Vertreter des Kirchenkreises an allen Treffen und Aktionen der Kampagne teilgenommen und unsere Anliegen vertreten. Mit über 3000 Postkarten haben Menschen aus der Region ihre Unterstützung der Aktion zum Ausdruck gebracht. Das macht Mut, wichtige Themen der Gerechtigkeit in die öffentliche Diskussion auf den Marktplatz zu bringen.

Die Süßwarenindustrie zielt sich noch, sich nachhaltig an der Aktion zu beteiligen und ihren Verpflichtungen gegen Kinderarbeit und Kinderhandel auf den Kakaoplantagen nachzukommen. Im Oktober war in der hiesigen Presse ein großes Interview mit Herrn Bühlbecker, Geschäftsführer der Aachener Printen- und Schokoladenfabrik Lambertz, abgedruckt, in dem er seine große Sorge über den Zustand unserer Welt zum Ausdruck brachte. Darum engagiere er sich persönlich in der »Clinton Global Initiative« im Kampf für eine bessere Bildungs-, Klima- und Gesundheitspolitik sowie gegen die wachsende Armut. Ich habe ihm daraufhin in einem Brief meinen Respekt für sein Engagement zum Ausdruck gebracht, ihn gleichzeitig aber noch einmal auf unsere Schokoladenaktion aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, dass nach neuesten Untersuchungsberichten der Tulane-University (USA) Kinderarbeit, Zwangsarbeit von und Menschenhandel mit Kindern auf Kakaofarmen weiterhin ein Problem und bitterer Bestandteil unserer Schokolade bleiben. Es werden heute immer noch Kinder aus Burkina Faso und Mali verkauft, um auf Kakaofarmen Ghanas und besonders der Elfenbeinküste zu arbeiten²². Freiwillige Selbstverpflichtungen hätten daran nichts geändert. Vielleicht sei er ja doch bereit, ein echtes Transfair Produkt auf den Markt zu bringen, das seinem Anliegen entspricht. Eine Antwort steht noch aus.

2.4 Marokko

Ausbeutung und Ungerechtigkeit veranlassen jährlich hunderttausende junge Afrikaner und Afrikanerinnen, Männer, Frauen und Kinder, sich auf die ungewisse und lebensbedrohliche Reise nach Europa zu machen. Auf den Märkten in Casablanca oder Rabat versucht die ev. Kirche von Marokko weiterhin für Flüchtlinge kleine illegale Existenzen zu gründen, die das Überleben sichern. Es freut mich, mitteilen zu können, dass der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) diese Arbeit für zwei Jahre mit 10.000 € mitfinanziert.

Trotzdem haben wir uns in diesem Jahr große Sorgen um unsere Partnerkirche in Marokko und ihre Arbeit machen müssen. Im Sommer traf die Evangelische Kirche von Marokko eine heftige

²⁰ Abrufbar unter: http://www.ekbo.de/Webdesk/documents/premiere_ekbointernet/Synode+Herbst+2010/DS07+-+CCS-Technologie.pdf.pdf

²¹ siehe www.schokoladenaktion-aachen.de

²² Ein Fernsehbericht des ARD-Weltspiegel vom 19.9.2010 (in der ARD-Mediathek im Internet noch abrufbar) bestätigt nach ARD-Recherchen die grausamen Wahrheiten.

Ausweisungswelle von Christinnen und Christen. Die Gründe sind bis heute nicht ganz nachvollziehbar. Möglichweise wollte das liberale Königshaus, das immer wieder unter Druck extremer islamischer Kräfte im Land steht, Stärke nach innen beweisen. Möglicherweise war die Ausweisung eine Reaktion auf Missionsversuche evangelikaler Kräfte im Lande. Die Ausweisungen erfolgten ohne Angaben von Gründen. Berufung war nicht möglich. Die meisten Abschiebungen fanden am Wochenende statt, wenn die Büros geschlossen waren, und wurden in der Regel sofort und umgehend umgesetzt. In einzelnen Fällen blieben den Ausgewiesenen nur 30 Minuten, um ihre persönlichen Sachen zu packen.

Viele Organisationen weltweit haben darauf hin gegen diese Ausweisungen protestiert. Auch wir haben unsere politischen Kontakte vor Ort und über die EKD genutzt, um zu intervenieren. Über den Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der EU wurde in unserem Namen eine Protestnote an die marokkanische Botschaft versandt und das Auswärtige Amt informiert. Die deutsche Botschaft in Marokko hatte daraufhin Kontakt zu Jean Luc Blanc aufgenommen und die Initiativen unserer Kirchen ausdrücklich begrüßt.

Es waren von der Ausweisung auch Menschen betroffen wie das Ehepaar Mike und Lynn Hutchinson, die die Arbeit mit den Flüchtlingen organisiert und betreut haben, so dass wir uns mit der Sorge um ihr persönliches Schicksal auch große Sorgen um die Arbeit an sich machen mussten.

Bei einem kurzfristig anberaumten Treffen Anfang Oktober in Montpellier mit Samuel Amédro, dem Nachfolger von Jean Luc Blanc als Präsident der ev. Kirche, der bei dem Treffen aber auch anwesend war, sowie mit David Brown, der bis zu seiner Erkrankung letztes Jahr die Arbeit mit den Flüchtlingen betreut hatte, konnte unter Berücksichtigung aller Finanzmittel verschiedener Partnerkirchen und Partnerorganisationen die Finanzierung einer Personalstelle für zwei Jahre sicher gestellt und ein Kostenplan für die gesamte Arbeit erstellt werden²³. Auch wenn das Stipendienprogramm für Studierende von den Unruhen unberührt geblieben ist, bitte ich die Gemeinden des Kirchenkreises nachdrücklich, die Stipendienarbeit weiter zu unterstützen, damit wir unserer Verpflichtung, mindestens 12 Stipendien im Jahr zu finanzieren, nachkommen können. Ich würde mich freuen, die eine oder andere Gemeinde mehr würde dieses Projekt in die Haushaltsberatungen für das kommende Jahr aufnehmen. Natürlich ist auch die Nothilfe für die Flüchtlinge weiter auf unsere Spenden und Gottesdienstkollekten angewiesen.

Morgen wollen wir, so Gott will und der Flug heute Nacht pünktlich ist, im Rahmen des Einführungsgottesdienstes von Samuel Amédro den Partnerschaftsvertrag als Bestärkung unserer Verbundenheit von beiden Seiten her unterzeichnen. Unsere Verbundenheit mit der Evangelischen Kirche von Marokko haben wir im Sommer auch mit einem Web-Cam Gottesdienst in Übach-Palenberg, den wir zeitgleich mit einem Gottesdienst in Casablanca gefeiert haben, auf besondere Weise zum Ausdruck bringen wollen. Auch wenn die gegenseitige Übertragung aus technischen Gründen nur unzureichend bis gar nicht funktioniert hat, war der besondere Geist, unter dem der Gottesdienst stand, spürbar. Vielleicht waren die technischen Probleme auch ein gutes Sinnbild dafür, dass es eine Illusion ist, anzunehmen, dass wir die Grenzen, die uns von den Menschen in Afrika trennen, eben mal so überwinden können.

2.5 Jahr der Begegnung

Grenzen überwinden wollten wir auch mit einem Jahr der Begegnung mit dem Islam, zu dem wir mit unserem Beschluss der Sommersynode 2009 aufgerufen hatten²⁴. Die vielfältigen Aktivitäten und

²³ Die Finanzierung der Personalstelle für die nächsten zwei Jahre setzt sich aus Mitteln der Zapatistischen Kirche Kentucky, der EKIR, dem Diakonischen Werk des Kirchenkreises Jülich und Privatspenden zusammen.

Zur Finanzierung der Microprojekte stehen besagte EED-Mittel, Mittel des Kirchenkreises Jülich aus Spendenaufkommen, Mittel der Martinusaktion Aldenhoven sowie der CEVAA (dem Zusammenschluss der französisch sprechenden Kirchen) und Eigenmittel der Ev. Kirche in Marokko (EEAM) zur Verfügung.

Daneben können noch Sachkosten für die Not- und medizinische Versorgung aus Mitteln der CEVAA, kleinerer französischer Kirchen und der EKIR aufgebracht werden. Alle Bereiche sind weiterhin dringend auf Spenden angewiesen.

²⁴ Interessant ist es nachzulesen, dass unser Ansatz der Konsultation Eingang gefunden hat in eine wissenschaftliche Seminararbeit an der Uni Bremen, die die Ansätze der EKD und die Gegenentwürfe der EKIR und des Kirchenkreises Jülich vergleicht und unseren Ansatz als beispielhaft für einen Dialog in Respekt und gegenseitiger Wertschätzung hervorhebt. Marco Tödter-Lüdemann, Klarheit und gute Nachbarschaft. Eine Handreichung der EKD als Instrument der *Vergegnung* im „Dialog“ mit Musliminnen und Muslimen. Seminararbeit am Institut für Religionswissenschaft und Religionspädagogik der Universität Bremen.

Begegnungen sind dem ausgelegten Bericht unserer Synodalbeauftragten zu entnehmen. Begegnungen, in denen Verunsicherung abgebaut werden konnte und die gegenseitige Achtung gewachsen ist. Die Ergebnisse und Erfahrungen der Gemeinden wird der Arbeitskreis sammeln und wir werden nächstes Jahr dann abschließend eine Bewertung unseres zur Diskussion gestellten Konsultationspapiers vornehmen und unsere Positionen beschlussmäßig feststellen.

Begleitet wurde unser Jahr der Begegnung von einer heftigen Debatte um Integration und Zuwanderung und den scharfen Thesen Thilo Sarrazins. Ich gebe zu, dass ich das Buch von Thilo Sarrazin nicht gekauft und gelesen habe. Was ich aber aus seinen öffentlichen Auftritten verstanden habe ist, dass er offensichtlich alle Probleme unserer Gesellschaft am Islam festmacht. Dabei reduziert er den Menschen ganz auf seine Religionszugehörigkeit, verleugnet die kulturellen, gesellschaftlichen und ökonomischen Leistungen dieser Menschen für unsere Gesellschaft und diffamiert Menschen, die hier Bindung und Heimat zu finden versuchen. Diffamierung und Entwürdigung aber haben noch nie zu einem friedlichen Miteinander und einer erfolgreichen Integration geführt.

Ganz in den Hintergrund getreten sind in der Debatte Bemühungen, dem einzelnen Menschen zunächst in seiner Not, seinen Schwierigkeiten und seinen Ängsten zu begegnen, wie es etwa das Anliegen unserer Diakonischen Migrationsberatung ist. Erst wenn Ängste und Verunsicherung abgebaut werden und Vertrauen wächst, sind nach unserer Erfahrung Migrantinnen und Migranten an die großen Integrationsprogramme heranzuführen. Lotsendienste und ehrenamtliche Unterstützung auch durch Migrantinnen und Migranten selbst sind ein erfolgreicher Weg, Schwellenängste abzubauen. Ein neu bewilligtes Projekt »Gangway«, das sich an das erfolgreiche Integrationsprojekt in Hückelhoven anlehnt, soll jetzt zusätzlich im Raum Geilenkirchen/Übach-Palenberg vorwiegend Frauen helfen, die Hürden zur Integration und Sprachförderung zu überwinden. Auch bei meinen Schulvisiten, zuletzt in der Hauptschule in Hückelhoven²⁵, kann ich mich immer wieder davon überzeugen, dass hier viel für ein gelungenes Miteinander und eine gelingende Integration getan wird.

Der Präses unserer Evangelischen Kirche im Rheinland hat Recht, wenn er im ökumenischen Gottesdienst zur Eröffnung der interkulturellen Woche im September in Essen formuliert: »Man kann nicht immer nur weitere Integrationsanstrengungen für die hier lebenden Migrantinnen und Migranten fordern, ohne zu überlegen, was das für uns als aufnehmende Gesellschaft bedeutet.«²⁶

2.6 Religionsfreiheit

Dazu gehört, den Zugewanderten ihr Recht auf die freie Ausübung ihrer Religion zu gewähren. Wenn auch im frühen 17. Jahrhundert die Auseinandersetzung in Jülich-Berg um die Gewährung der *Konfessionsfreiheit* ging, liegen hier trotzdem die Wurzeln für Toleranz und Achtung unserer Kirche auch gegenüber anderen Religionen und Kulturen. Wir evangelischen Gemeinden im Jülicher Land mit unseren Hofkirchen können noch gut historisch nachvollziehen, was es bedeutet, seinen Glauben nicht frei und offen vor anderen vertreten zu können. Heute stellt sich die Frage nach der Religionsfreiheit im Zusammenhang mit der Diskussion um Integration in dramatischer Weise wieder neu. Die Balance zwischen positiver und negativer Religionsfreiheit²⁷, die der weltanschaulich neutrale Staat garantiert, gerät in den öffentlichen Debatten um den Wert der Religion ins Wanken. Religionsfreiheit wird zunehmend als Freiheit von Religion erlebt, die Freiheit zur Ausübung einer frei gewählten Religion gegenüber Muslimen wird in Frage gestellt.

Achtung und Toleranz weichen. Mit Hinweis auf die Erfahrungen der Verfolgung von Christinnen und Christen weltweit wird gefordert, konsequenter gegen Moscheebau und die Ausübung des islamischen Glaubens vorzugehen. Die Einhaltung der Religionsfreiheit aber ist ein unveräußerliches Menschenrecht. Dass sich religiöse Überzeugungen und religiöses Leben auch öffentlich sichtbar darstellen können, ist Bestandteil der verfassungsrechtlich und völkerrechtlich verbürgten

²⁵ Von den 378 Schülerinnen und Schülern haben etwa 220 einen Migrationshintergrund, also etwa 60% derer, die diese Schule besuchen, wovon der überwiegende Teil islamischen Glaubens ist. Trotzdem gibt es keine nennenswerten Probleme im Blick auf die Integration von Menschen, deren Wurzeln nicht in Deutschland liegen. Dahinter steckt intensives und erfolgreiches Bemühen seitens aller Beteiligten. Für die Schulform unterdurchschnittlich wenige Schülerinnen und Schüler erreichen keinen Schulabschluss. Auch hier spielt der Migrationshintergrund keine Rolle.

²⁶ Pressemitteilung Nr. 163/2010 der EkiR: www.ekir.de/www/service/interkulturelle-woche-2010-mit-oekumenischem-gottesdienst-12302.php

²⁷ Die Religionsfreiheit geht in zwei Richtungen: Sie soll die Freiheit zur Religionsausübung für alle garantieren; zugleich soll sie aber auch die Freiheit von Religion und von konkreten Glaubenspraktiken sicherstellen.

Religionsfreiheit²⁸. Darum gilt es für uns, in den Begegnungen eigene theologische Positionen zu benennen, zugleich aber die Religionsfreiheit anderer zu achten.

2.7 Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Die öffentliche, populistische Debatte schürt nur Ängste. Auf beiden Seiten²⁹. Der Islam wird offenbar von vielen Menschen allein mit Fundamentalismus, Gewaltneigung und der Unterdrückung der Frau in Verbindung gebracht. Gleichzeitig klagen Menschen mit muslimischem Familienhintergrund über Diskriminierungen und Ausgrenzungen, die sich aus dem negativen Image des Islams ergeben. Anzuerkennen, dass der Islam zum Erscheinungsbild unserer deutschen Gesellschaft gehört, fällt nach wie vor schwer. Danach zu fragen, welche Leistung der Islam für den sozialen Frieden einer Gesellschaft leisten kann, um ihn damit in die Subsidiarität unserer Gesellschaftsordnung einzubinden, scheint noch sehr abwegig.

Die öffentliche Debatte erinnert mich an einen Teil unserer Geschichte, den wir längst überwunden glaubten. Aber sie bedient sich in der pauschalen Verunglimpfung derselben Methoden und Mechanismen und stärkt den Rechtsradikalismus von heute, wie er sich besonders auch in unserer Region zwischen Aachen und Düren zeigt. Entsetzt hat uns der Übergriff der rechtsradikalen »Kameradschaft Aachener Land« (KAL) auf das Gemeindezentrum in Gerderath durch Wandschmierereien mit Hakenkreuzen und dem Spruch: »Hier regiert die KAL«. Es ist anzunehmen, dass ganz gezielt das Zentrum der Gemeindepfarrerin Susanne Bronner ausgewählt wurde, die Mitglied im Sprecherrat des »Bündnis gegen Rechts« im Kreis Heinsberg ist. Anzeige und öffentliche Pressekonferenz sollten zeigen, dass wir als Kirchen den Rechten das Feld zur Agitation auch nicht eine Handbreit überlassen.

Aber genauso muss uns als Kirchen die jüngste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung³⁰ erschrecken, die aufzeigt, dass rechtsextreme Einstellungen, Ausländerfeindlichkeit, Intoleranz gegenüber Muslimen und antidemokratische Meinungen zunehmend in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind. Ich bin davon überzeugt, dass die populistischen Debatten der letzten Wochen diesen Trend eher verschärft haben, auch wenn sinkender Wohlstand und steigende Zukunftsängste laut der Studie Ausgangspunkt einer breiten Akzeptanz rechtsextremer Positionen sind.

Dieser Studie nach hat jeder vierte Deutsche ausländerfeindliche Einstellungen (24,7%), jeder Zehnte stimmt antisemitischen Aussagen zu (9,7%), jeder Dritte ist überzeugt, dass Deutschland durch zu viele Ausländer gefährlich überfremdet ist (35,5%), jeder Fünfte stimmt zu, Ausländer bei Arbeitsknappheit vom Arbeitsplatz abzuweisen (21,4%), ein Drittel der Befragten ist der Ansicht, dass Ausländer nur kommen, um den Sozialstaat auszunutzen (34,3%), und fast 60% der befragten Deutschen fordern Einschränkungen bei der Religionsausübung für Muslime (58,4)³¹.

Ich wage es mir gar nicht auszumalen, wie eine Debatte in Deutschland verläuft, wenn nicht nur die gesteuerte Einreise von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zunehmen soll, sondern wir mehr und mehr gefordert sind, größere Kontingente an Flüchtlingen in unserem Land aufzunehmen, weil Hunger und Armut auf der Welt in dramatischer Weise zunehmen und das Leben von immer mehr Menschen bedroht ist.

²⁸ Die Anerkennung der Religionsfreiheit als Menschenrecht ist in den christlichen Kirchen das Ergebnis eines langen historischen und theologischen Entwicklungs- und Lernprozesses. Sie ist zunächst nicht aus theologischer Erkenntnis, sondern aus eigenen Unrechtserfahrungen erwachsen. Von daher gibt es keinen Grund dafür, die Lage anderer Religionen und Kulturen aus einer Haltung christlicher Überlegenheit oder gar christlicher Überheblichkeit zu betrachten.

²⁹ »Für den Staat und die Integrationspolitik, aber auch für unsere Gesellschaft insgesamt stellt dieser Befund eine große Herausforderung dar. Prämisse aller integrationspolitischen Bemühungen muss die Anerkennung der schlichten Tatsache sein, dass der Islam zu einem dauerhaften Bestandteil der deutschen Gesellschaft geworden ist, eine Realität, die bis in die 1990er Jahre hinein verdrängt worden ist. Und diese Anerkennung der Präsenz des Islams in Deutschland impliziert auch die Akzeptanz seiner *öffentlichen Sichtbarkeit*.«

Zitat von Pfarrer Holger Nollmann, Auslandspfarrer der Evangelischen Kirche in Deutschland in der deutschsprachigen Gemeinde in Istanbul anlässlich der außerordentlichen Landessynode am 4. September 2010 in Duisburg.

³⁰ Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Download auf: www.fes.de

³¹ Rechtsextreme Einstellungen finden sich in allen gesellschaftlichen Gruppen und in erschreckend hohem Maße auch bei Wählern demokratischer Parteien und Mitgliedern der beiden Volkskirchen. Hier liegt eine große Herausforderung für den Bildungsauftrag unserer Kirche, der auf der Sondersynode von Duisburg als einer der historischen Verpflichtungen gegenüber der Generalsynode von 1610 betont wurde.

2.8 Flucht und Migration

Griechenland hat jetzt die Grenzbehörde Frontex dazu aufgerufen, ihre Grenzen vor illegalen Übertritten von Flüchtlingen zu schützen. Damit sind hoffentlich auch das Schicksal der Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen und die massiven Menschenrechtsverletzungen bei uns in der öffentlichen Diskussion angekommen. Auf der gerade zu Ende gegangenen 13. Europäischen Asylrechtstagung in Palermo haben Vertreterinnen und Vertreter von Kirchen (auch aus unserem Kirchenkreis) aus 16 Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen aufmerksam gemacht. Dem landeskirchlichen Ausschuss für öffentliche Verantwortung ist im Sommer unser Antrag zugewiesen worden, als Evangelische Kirche im Rheinland Stellung zu den Fluchtursachen und Fluchtfolgen zu beziehen und auf eine Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge hinzuwirken³².

Dass Menschenrechte nicht nur an den EU-Außengrenzen mit Füßen getreten werden, sondern auch mitten unter uns im Zuständigkeitsbereich des Ausländeramtes in Heinsberg, muss ich am Beispiel eines dramatischen Falls aus unserem Kirchenkreis schildern. Anfang Oktober wurde Frau Piecuch, Mitarbeiterin für Asyl- und Flüchtlingsarbeit unseres Diakonischen Werkes im Kreis Heinsberg, durch eine Sozialarbeiterin der Uni-Klinik Aachen alarmiert, dass in der Klinik ein junger Mann aus Afghanistan behandelt werde, der nach einem Selbstmordversuch jetzt die Nahrungsaufnahme verweigere, da er umgehend abgeschoben werden solle.

Der Flüchtling war Anfang des Jahres von Ungarn kommend (illegal) in die Bundesrepublik Deutschland eingereist³³. Sein besonderer Status als Minderjähriger wurde nicht berücksichtigt, sondern im Protokoll seiner ersten Anhörung am 9.2.2010 wurde entgegen seiner eigenen Angaben sein Geburtsdatum um 18 Monate vordatiert³⁴. Das Protokoll der Anhörung weist weiter aus, dass der Flüchtling gravierende Verletzungen und Beschwerden aufgrund früherer Misshandlungen aufwies, die einer dringenden ärztlichen Versorgung bedurft hätten, die dem jungen Mann aber nicht gewährt wurde. Darüber hinaus soll dem Flüchtling das Anhörungsprotokoll nicht zugeschiedt worden sein, eine Kopie seiner Geburtsurkunde, die sein tatsächliches Alter nachwies, wurde nicht berücksichtigt, seinem rechtmäßigen Asylantrag nicht stattgegeben³⁵. Der unrechtmäßigen Abschiebung nach Ungarn durch die Ausländerbehörde in Heinsberg versuchte er sich durch einen Suizidversuch zu entziehen³⁶. Unter Amtshilfe des Ordnungsamtes Aachen wurde der junge Mann aus der Klinik abgeholt, um umgehend ein zweites Mal abgeschoben zu werden. Inzwischen hatte Achim Schwabe einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen beauftragt.

Der erneute Abschiebeversuch scheiterte an der Weigerung des Flugkapitäns der Lufthansa, den Flüchtling, der von zwei Bundespolizisten und einem Arzt begleitet wurde, mitzunehmen. Frau Piecuch forschte daraufhin nach dem Verbleib des Flüchtlings und erfuhr, dass er sich in der Obhut der Bundespolizei befände und am nächsten Morgen in die Justizvollzugsanstalt Bochum überführt werden sollte. Die Abschiebung war damit nur verschoben.

Zwischenzeitlich beschwerte sich der Leiter des Heinsberger Ausländeramtes über das Vorgehen des Kirchenkreises und verwies auf unsere Verantwortlichkeit, wenn Mitarbeitern der Behörde etwas zustoßen sollte. Aus dem Gespräch ging deutlich hervor, dass der Suizidversuch von ihm nicht ernst genommen und die Aussagen des behandelnden Arztes in Zweifel gezogen wurden. Dass dem jungen Mann von Gesetz her eine Rechtsvertretung zusteht, schien nie Gegenstand irgendwelcher

³² Der Landessynode 2011 soll ein erster Zwischenbericht vorgestellt werden, dem eine biblisch-theologische Begründung eines Gottesrechts auf Flucht und Migration und eines göttlichen Anspruchs auf Schutz gegenüber dem Fremden vorangestellt sein wird.

³³ Laut Anhörungsprotokoll ist sein Vater noch vor der Geburt des Jungen gestorben. Zwecks Schulausbildung ist er mit 10 Jahren zu seinem Onkel in den Iran geschickt worden, der ihn aber in einem Zementwerk arbeiten ließ.

³⁴ Statt des richtigen Geburtsdatums 5.8.1993 wurde es willkürlich auf den 1.1.1992 festgesetzt.

³⁵ Aus Ungarn war er eingereist, weil ihm in Ungarn trotz seiner Minderjährigkeit gemäß UN - Kinderrechtskonvention kein Vormund bestellt wurde, der für ihn stellvertretend hätte Asylantrag stellen müssen. Ohne wirksamen Asylantrag in Ungarn hätte aber gemäß Dublin-II-Verordnung ein Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden müssen. Aus den Unterlagen des Bundesamtes bzw. der Befragung durch die Gefängnispsychologin der JVA Bochum geht hervor, dass der Flüchtling an der serbisch-ungarischen Grenze festgenommen worden und in einem Gefängnis untergebracht worden war, in dem die Haftbedingungen unerträglich gewesen sein müssen.

³⁶ Angebote in der Klinik auf ein Kirchenasyl soll der junge Mann abgelehnt haben; wir vermuten, dass ihm das Angebot auf Grund fehlender Sprachkenntnisse nur unzureichend nahegebracht werden konnte.

Überlegungen gewesen zu sein. Dem Flüchtling wurde auch danach keine Möglichkeit gegeben, gegen den Abschiebebeschluss mit Hilfe eines Rechtsanwaltes vorzugehen, weil er sich in Haft befand. Außerdem hat es keine Prüfung auf Abschiebehindernisse wegen eventuell noch fortdauernder Selbstmordgefährdung gegeben.

Der beauftragte Rechtsanwalt besorgte sich die Unterlagen vom Bundesamt und stellte einen Eilantrag gegen die Abschiebung nach Ungarn. Dem gab das Verwaltungsgericht Aachen insofern statt, als dass die Abschiebung erst einmal unterbunden wurde, da das Gericht die von Herrn Dr. Koenen attestierte Reisefähigkeit anzweifelte, weil die Wunden nach den Misshandlungen nicht versorgt worden waren und weil es offenblieb, ob es aufgrund der derzeitigen Gestaltung des Asylverfahrens in Ungarn für den Flüchtling zu möglichen Beeinträchtigungen kommen könnte. Damit war der junge Mann aus der Abschiebehaft zu entlassen. Seine Entlassung wurde aber nicht veranlasst, weil der Leiter der Ausländerbehörde in Heinsberg wider besseres Wissen in der JVA Bochum gegen eine Entlassung mit dem Hinweis auf seine Abschiebung interveniert hatte. Für die Psychologin der JVA Bochum war der junge Mann aber ausgesprochen glaubwürdig.

Erst nach mehrmaligem Versuch über die Polizei gelang es Freitagnachmittags, den Leiter des Ausländeramtes zu erreichen, der seine Anweisung an die JVA damit begründete, dass er das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bereits am Vortag gebeten habe, zu prüfen, ob nicht ein Abänderungsantrag zu der Eilentscheidung bei Gericht gestellt werden sollte, da das Urteil nicht den Tatsachen entspräche. Erst unter Androhung einer Klage wegen Freiheitsberaubung im Amt konnte der junge Mann aus der Haft entlassen werden. Er ist jetzt in der Obhut des Diakonischen Werkes, und wir haben den Antrag an das Amtsgericht Heinsberg gestellt, Achim Schwabe zum Vormund zu bestellen. Frau Piecuch ist ausdrücklich zu danken, dass sie sich weit über ihre Arbeitszeit hinaus des Schicksals des jungen Mannes angenommen hat. Ihrem schnellen Einsatz und der Mithilfe von Achim Schwabe ist es zu verdanken, dass dieser Fall jetzt endlich nach rechtsstaatlichen Grundsätzen behandelt werden kann. Ich schildere den Fall so ausführlich (auch wenn ich längst nicht alle Facetten offener und versteckter Rechtsbeugung und Ausländerfeindlichkeit aufnehmen konnte), weil anzunehmen ist, dass dieser kein Einzelfall ist. Wenn schon bei uns gravierende Menschenrechtsverletzungen vorkommen, wie muss es erst um das Schicksal der Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen bestellt sein?

3. Öffentliche Theologie

Das Engagement für eine nach Gottes Weisung gute Welt ist der Kirche aufgegeben. Christen und Christinnen dürfen und brauchen sich nicht abzufinden mit ungerechten und unmenschlichen Zuständen. Sie vertrauen dabei auf Gottes Verheißung seiner Gerechtigkeit und setzen sich darum für mehr irdische Gerechtigkeit ein. Die Menschenrechte spielen für dieses Engagement eine wesentliche Rolle. Auf ihre Einhaltung zu drängen, ist uns Christen eine Verpflichtung³⁷.

Dass eine Kirchengemeinde klare Zielvorstellungen formuliert und sich ein Leitbild gibt, ist ein Zeichen dafür, dass sie die Verantwortung für die in ihrem Bereich lebenden Menschen ernst nimmt. Dabei will eine Kirchengemeinde Menschen helfen, weil sie ihnen helfen soll. Diese Hilfe dient nicht in erster Linie dem Wachstum der Kirche, sondern ist allein bezogen auf die Bedürfnisse der angesprochenen Menschen³⁸. Wo Kirche sich Menschen zuwendet, wird sie gestärkt in ihrer Gemeinschaft und findet Zulauf durch Menschen, die sich so öffentlich angesprochen fühlen.

³⁷ Die biblische Rechtstradition gründet in der Erfahrung von Gottes rettendem Handeln: Gott *sieht* das Elend der Menschen seines Volkes, *hört* ihr Schreien, *erkennt* ihre Leiden, *fährt* hernieder und *errettet* sie, *führt* sie hinaus (vgl. 2. Mose 3, 7f). Auf diese Befreiung folgt in der Wüste das Geschenk des Bundes und der Thora, der Weisung für das gemeinsame Leben in Gerechtigkeit und insbesondere den Schutz der Armen. Der Gott, der das Volk befreit und mit seinen Geboten begleitet, wird als der bekannt, der Schöpfer der Welt ist und die Menschen zu seinem Ebenbild geschaffen hat. Aus der in Gottes befreiender Zuwendung gründenden Gemeinschaft zwischen Gott und Mensch ist sowohl die Vorstellung der Gottebenbildlichkeit als auch die Rechtstradition zu verstehen: Die Ebenbildlichkeit begründet die Würde und damit Schutzwürdigkeit des und der Einzelnen, die Gesetze der Thora beschreiben die Gemeinschaft der Menschen untereinander und mit Gott, in der dieser Schutz gewährt wird.

³⁸ Die Herrnhuter Brüdergemeine, der wir unsere täglichen Losungen verdanken, hat aus ihrer Erkenntnis der Reformation ein Programm gemacht, das sie als Gemeinschaft bis heute prägt. Mission und soziales Engagement haben dabei von jeher das Profil der Evangelischen Brüder-Unität mitbestimmt. Die Begründung der Herrnhuter knüpft an Jesus Christus als das Haupt unserer Kirche und den Ältesten der Gemeinde an: »Jesus lebte die Gottesliebe und die Nächstenliebe (Matthäus 22,36ff). Er fordert uns in unserer globalisierten Welt als seine Nachfolger dazu heraus, persönlichen Glauben mit öffentlicher Verantwortung zu verbinden.« Die Brüdergemeine ist Gründungsmitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) von 1948, bewusst auf dem Hintergrund der

Die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung bekommt daher in einer Kirche, die „missionarisch Volkskirche“ sein will, immer mehr Bedeutung, weil öffentliche Kommentare und Diskussionen zunehmend mehr ethische Fragen beinhalten. Kirche und Theologie müssen also verstärkt öffentlich werden, denn ihnen kommt mehr und mehr die Aufgabe zu, prophetisches Reden in den öffentlichen Diskurs einzubringen. Professor Bedford-Strohm vom Lehrstuhl Systematische Theologie und theologische Gegenwartsfragen von der Universität Bamberg sieht darin sogar eine der vordringlichsten Aufgaben der Kirche. Öffentliches Reden und die Wahrung ethischer Grundsätze sei ihr Kerngeschäft und ihre Kernkompetenz.³⁹

Wer aber nimmt diese öffentliche Verantwortung zukünftig wahr? Wie wollen wir zukünftig im öffentlichen Diskurs bestehen, wenn wir in unserer Kirche keine entsprechenden Strukturen und personellen Ressourcen mehr vorhalten können bzw. finanzielle Ressourcen immer mehr im Ausbau der Verwaltungsstrukturen binden? Auf Ebene der Landeskirche werden gerade noch 40% Stellenumfang für Migration- und Flüchtlingsfragen vorgehalten. Eine ausgewiesene Stelle für Mitweltfragen und Klimaschutz fehlt, obwohl die Landeskirche Mitglied der Klimaallianz ist und den Anspruch erhebt, vorbildhaft an der Umgestaltung unserer Energiegesellschaft mitzuwirken. Unser Antrag auf Errichtung von regionalen Stellen für den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt wurde vom zuständigen Dezernat mit dem Hinweis auf die Sparsentscheidungen als aussichtslos dargestellt. Eine profilierte Stelle für Sozialethik fehlt, und auf die Errichtung eines „Leuchtturms für soziale Fragen“ neben einem Predigtkompetenzzentrum oder einem Zentrum für Mission wurde in der EKD verzichtet. Ich hoffe, die angestoßene Aufgabenkritik und Strukturreform wird auch die Frage nach einer Prioritätendiskussion in Gang bringen. Dabei kommt zur Erfüllung der von mir geschilderten Aufgaben den Kirchenkreisen eine besondere Bedeutung zu. Hier müssen möglicherweise Strukturen regionaler Verbundenheit mit anderen Kirchenkreisen geschaffen werden, um nahe an den Menschen Kirche erfahrbar und erlebbar zu machen und die Kirche Jesu Christi lebendig zu halten.

Leider zwingen die wachsenden finanziellen Belastungen auf der mittleren Ebene zunehmend, nach einer Verlagerung auf die Ebene der Landeskirche zu rufen. Das scheint mir der falsche Weg. Umgekehrt müsste miteinander beraten werden, wie die Kirchenkreise von Umlagen an die Landeskirche entlastet werden können, um die Aufgaben vor Ort und in der Region erfüllen zu können.

3.1 NKF

Wenn wir als Kirche schrumpfen und an Bedeutung verlieren und zugleich den Anspruch erheben, im Glauben zu wachsen, damit eines Tages auch wieder die Mitgliederzahlen steigen, dann muss doch all unser Augenmerk auf unsere öffentliche Wahrnehmung gelegt werden. Dann müssen wir doch nicht mehr und mehr die Verwaltungsstrukturen stärken, sondern dann müssen wir doch profiliert erkennbar bleiben als Kirche Jesu Christi und Zeugnis ablegen von unserem Glauben, damit Menschen zum Glauben ermutigt werden.

Aus Sorge, dass mit den Entscheidungen zu NKF auf der Landessynode 2011 auch unserem Kirchenkreis zunehmend die Möglichkeiten genommen werden, sich der von mir bis hierhin

Sehnsucht Dietrich Bonhoeffers nach einem Konzil des Friedens aller Kirchen. Die Synode der Brüder-Unität beschloss zum Beispiel 1991, jedes Jahr zu einer Tagung zum Konziliaren Prozess einzuladen. Jede Gemeinde soll einen Delegierten oder eine Delegierte entsenden und finanzieren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestimmen das Thema des nächsten Jahres und bringen Ergebnisse sowie Anregungen aus der Tagung in ihre Gemeinden und Lebensbezüge ein. Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) unterstützt diese Tagungen finanziell. Jugendliche sind in besonderer Weise willkommen, für sie steht ein Fonds zur Kostendeckung bereit, an Kostengründen sollte keine Teilnahme scheitern.

³⁹ »Orientierung in Fragen zu geben, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden, ist die zentrale Aufgabe »Öffentlicher Theologie«. Öffentliche Theologie will die nach wie vor kraftvollen Inhalte der christlichen Überlieferung so zur Geltung bringen, dass sie in der heutigen Pluralen Gesellschaft verstanden werden können. Sie muss daher interdisziplinär ausgerichtet und »zweisprachig« sein: Neben einem klaren theologischen Profil, das sie in biblisch-theologischer Sprache zum Ausdruck bringt, ist sie auch versiert in der Sprache der säkularen Welt. Sie vermag also auch in der Sprache der Vernunft deutlich zu machen, warum die christlichen Orientierungen für alle Menschen guten Willens Sinn machen.« Zitat aus: Gerechtigkeit erhöht ein Volk - Öffentliche Theologie und Wirtschaftsleben. epd Dokumentation 30/2010.

Vgl. ausführlicher Heinrich Bedford-Strohm, Öffentliche Theologie in der Zivilgesellschaft, in: Ingeborg Gabriel (Hrsg.), Politik und Theologie in Europa. Perspektiven ökumenischer Sozialethik, Mainz 2008, 340-366; Ders., Vorrang für die Armen. Öffentliche Theologie als Befreiungstheologie für eine demokratische Gesellschaft, in: Friederike Nüssel (Hrsg.), Theologische Ethik der Gegenwart. Ein Überblick über zentrale Ansätze und Themen, Tübingen 2009, 167-182; Ders., Politik und Religion. Öffentliche Theologie, in: Verkündigung und Forschung 54 (2009), 42-55.

geschilderten Aufgaben auf dem Markt der öffentlichen Auseinandersetzung anzunehmen, hat sich der KSV entschlossen, der Synode doch noch einmal einen Antrag an die Landessynode auf Zulassung eines zweiten Weges im NKF Prozess vorzulegen. Die Kirchmeister-Präsides-Konferenz hat uns darin bestärkt. Denn neben einer erheblichen Steigerung an Finanzmitteln (von 6 Mio. € auf 18,5 Mio. €) und an Personalaufwand für den Einführungsprozess auf Ebene der Landeskirche liegen jetzt auch erste Schätzungen für den Umstellungsprozess auf Ebene der Kirchenkreise vor, die unseren früheren Schätzungen entsprechen und immer schon der Grund waren, für einen alternativen Weg zu werben.

Ich sage hier ausdrücklich: Die Anstrengungen, die seit der letzten Synode im NKF-Prozess von Seiten des Lenkungsausschusses und der Projektgruppe vorgenommen wurden, verdienen höchsten Respekt. Unter der Leitung von Dr. Schneider von der Unternehmensberatungsgruppe Steria Mummert ist der Prozess völlig neu und erfolgversprechend aufgestellt sowie die Software neu ausgerichtet und den tatsächlichen Bedarfen angepasst worden. Ich bin mir sicher, dass unter seiner Leitung der Umstellungsprozess gelingen wird und wir, anders als das noch im letzten Jahr zu befürchten war, am Ende ein gut funktionierendes System erhalten. Skepsis befällt mich allerdings, wenn ich höre, dass Dr. Schneider zum Ende des Jahres 2011 bereits seine Arbeit beenden soll.

Die Ziele von NKF sind weiterhin nicht in Frage zu stellen, aber der finanzielle und personelle Aufwand sowie die erheblichen Anstrengungen, gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer neuen Philosophie des Denkens zu schulen, stehen für uns in keinem vertretbaren Verhältnis zum Ergebnis. Sorge bereiten dabei die deutlichen Steigerungen in den Pro-Kopfumlagen. Diese Belastungen bleiben, auch wenn das Kirchensteueraufkommen sinkt, weil Verpflichtungen dahinter stecken. Sie werden bei weiter sinkenden Einnahmen nicht so leicht zu decken sein, wie in diesem Jahr. Darum versuchen wir alles, weitere Belastungen von uns fern zu halten, die unsere vielschichtige Arbeit in der Beratung und Begleitung von Menschen in Not gefährden.

Ich will in diesem Zusammenhang der Verwaltung und ihren Mitarbeitenden einen ausdrücklichen Dank für ihre Arbeit sagen. Wir haben tolle und kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jeder und jede auf ihrem Gebiet Experten sind. Auch ihrer zuverlässigen Arbeit haben wir es zu verdanken, dass unsere Arbeit in den Gemeinden funktioniert. Begeistert bin ich nach wie vor von unserer gemeinsamen Klausurtagung im Frühjahr, auf der sie sich mit dem Selbstverständnis unseres Kirchenkreises beschäftigt haben. Ich durfte erleben, dass unsere Mitarbeitenden höchst interessiert sind an den Beweggründen unserer synodalen Entscheidungen, die sie dann umzusetzen haben. Dass diese auch zu ihren inneren Überzeugungen geworden sind, kann uns nur mit Stolz auf unsere Mitarbeitenden erfüllen. Ihre Sorge, bei einem Systemwechsel für eine gewisse Übergangszeit nicht mit der gewohnten Kompetenz und Zuverlässigkeit ihre Dienstleistung an den Gemeinden vornehmen zu können, müssen wir ernst nehmen. Ich weiß, dass dies ihr Anspruch an sich selbst ist. Ich bin mir sicher, dass sie den Übergang, wenn es sein muss, meistern werden. Eine Aufstockung des Personals wird dann aber unumgänglich sein. Vorsorglich haben wir für den Haushalt 2011 Finanzmittel für eine zusätzliche Personalstelle eingestellt, falls wir den Umstellungsprozess auch auf Ebene des Kirchenkreises einzuführen haben.

3.2 Finanzen

Es zeichnet sich ab, dass der Einbruch bei den Kirchensteuermitteln für dieses Jahr längst nicht so dramatisch verläuft, wie es planerisch zu erwarten war. Dennoch war die Dramatik, die das für die Haushaltsplanungen für dieses Jahr bedeutet hatte, Anlass für den KSV, sich an insgesamt drei Klausurtagen Anfang des Jahres mit allen Gemeindehaushalten bis ins Detail zu beschäftigen, eine Einschätzung zur finanziellen Lage und Entwicklung vorzunehmen und mögliche Risiken für die Zukunft individuell für jede Gemeinde aufzuzeigen. Gleiches galt für den kreiskirchlichen Haushalt und die synodalen Werke und Einrichtungen. Die Ergebnisse werden in die Haushaltsberatungen für die kommenden Jahre einfließen. Um uns von den sprunghaften Entwicklungen, wie sie durch die landeskirchlichen Daten immer wieder vorgelegt werden, zu lösen und eine verlässlichere Planung auf Zukunft hin vornehmen zu können, werden wir für die Haushaltsplanungen der nächsten Jahre den Gemeinden erstmalig eine mittelfristige Finanzprognose über fünf Jahre vorlegen, die sich an die zu erwartende lineare Entwicklung des Kirchensteueraufkommens von jährlich minus 1,5% anlehnt und daneben aber auch einen von einer Arbeitsgruppe eigens erstellten Preisentwicklungsindex für jede einzelne Ausgabeposition des Haushaltes berücksichtigt. Auch dieser Aufwand dient dazu, unseren Aufgaben als Kirchenkreis für die Menschen, für die wir Sorge zu tragen haben, verlässlich gerecht werden zu können.

4. Kirchenkreisjubiläum

Wo kommen wir her, wo steuern wir als Kirchenkreis hin? Im Sommer haben wir auf der Synode anlässlich des Jubiläumsjahres 1610 einen Moment innegehalten und uns unserer selbst vergewissert. »Ein Jubiläum zu begehen, heißt sich zu vergewissern, woher man kommt, wo man steht und wohin man unterwegs ist«, schreibt Karin Latour im Vorwort der eindrucksvollen Festschrift anlässlich des 400jährigen Bestehens der Kirchengemeinde Jülich und des 100. Geburtstages der Christuskirche. Beides haben wir am 3. Oktober miteinander gefeiert.

2012 werden wir das 175jährige Bestehen des Kirchenkreises Jülich feiern. Ein Anlass darüber nachzudenken, was uns die letzten Jahrzehnte geprägt hat und was wir als Kirchenkreis in Zukunft in die Diskussion über die Gestalt unserer Kirche einbringen wollen.

Was lernen wir aus den letzten 25 Jahren, wenn wir auf das Jubiläum 1987 zurückblicken? Vielleicht, dass es für das Bewirken von Veränderungen oftmals einen langen Atem braucht. Ich erinnere mich z.B. gut an die Anfänge meiner KSV-Zugehörigkeit, als Klaus Kenke uns noch vergeblich die Frage nach ethischen Geldanlagen ins Gewissen schrieb. Heute sind wir stolz auf die Entwicklungen bis in die Landeskirche und die EKD. Langen Atem braucht es, theologisches Rüstzeug und das Vertrauen darauf, dass Gottes Wort noch etwas wirkt. Sein Wort gibt seiner sichtbaren Kirche Gestalt. Durch alle Zeit.

Im September waren wir mit einem Teil des Pfarrkonvents in Berlin. Auf den Spuren Dietrich Bonhoeffers. Ich fand es ergreifend, in seinem Arbeitszimmer zu stehen, die Bilder seines Lebens zu betrachten. Zu wissen, dass er hätte davon kommen können, aber es vorgezogen hat, auf Gottes Wort hin in den Widerstand zu gehen, als seine Kirche angesichts des millionenfachen Mordens schweigt. Wo steht meine Kirche heute angesichts des millionenfachen Mordes an den Armen⁴⁰, diese Frage geht mir seit dem durch den Kopf. Im Bendler-Block dann, dem Sitz der Wehrmacht, heute Teil des Verteidigungsministeriums, Besuch der Dauerausstellung über die Geschichte des Widerstandes. Kaum erträglich, die Zeitdokumente des perfiden Nationalsozialismus zu sehen und zu lesen. Die Ausgrenzung von Minderheiten, die Lügenbehauptungen, die Verunglimpfungen, das Schweigen der Kirchen.

Eine Arbeitsgruppe hat begonnen, auf Spurensuche zu gehen und das Jubiläum vorzubereiten. Sie regt an, als Ermutigung und Mahnung zugleich und als Aufarbeitung eigener Schuldgeschichte die Geschichte der Gemeinden im Kirchenkreis in der Nazi-Zeit, soweit das noch nicht geschehen ist, aufarbeiten und darstellen. Auch das wäre ein nicht ganz unbedeutender Teil der Geschichte des Kirchenkreises.

Darum: Dietrich Bonhoeffers Theologie und Handeln als mahnendes Beispiel dafür, dass Kirche, theologisch begründet, gesellschaftlichen Fehlentwicklungen entgegenzutreten und neue Gesellschaftsperspektiven zu entwickeln hat. Im lebendigen Diskurs⁴¹ und wo es sein muss, auch im Streit. Nie mehr zu schweigen, wenn Schuldzuweisungen so leicht in der öffentlichen Debatte über die Lippen gehen, wenn die Ursachen unserer gesellschaftlichen Misere bei Hartz-IV-Empfängern, Arbeitslosen sowie Migrantinnen und Migranten festgemacht wird. Vielleicht ist das Engagement des Kirchenkreises in sozialen Fragen auch aus Erfahrungen des Versagens in der Zeit des Nationalsozialismus erwachsen. Die Entwicklung und die Beschlüsse sind es wert, als Fortschreibung der Geschichte des Kirchenkreises festgehalten zu werden. In welcher Form auch immer.

⁴⁰ So nennt Jean Ziegler, eh. UN Sonderbeauftragter, das Verbrechen der westlichen Welt an den Armen.

⁴¹ In einem erfolgversprechenden Diskurs stehe ich als Superintendent gemeinsam mit dem Superintendenten aus Aachen und dem Generalvikar für das Bistum mit der Handwerkskammer. Zweimal im Jahr organisieren wir ein gemeinsames Treffen mit den Mitgliedern der Handwerkskammer. In diesen Gesprächen mit Vertretern ihrer Handwerksbetriebe konnten wir in einer ersten Gesprächsreihe helfen, Vorurteile gegen Jugendliche abzubauen, konnte mit Unterstützung des Jugendreferates der Wert unserer Jugendarbeit im Kirchenkreis für die Gesellschaft vermittelt werden und wurden schließlich gemeinsame Perspektiven für Jugendliche ohne oder mit nur unzureichendem Schulabschluss entwickelt. Im Dialog konnte ein anderes Gesellschaftsbild geprägt werden, für das sich Kirche und Handwerksbetriebe jetzt gemeinsam im öffentlichen Dialog stark machen wollen. Für die nächste Gesprächsreihe haben wir uns auf eines unserer Leitthemen im Kirchenkreis, die öko-faire Beschaffung, verständigt. Dass es nicht abwegig ist, Betriebe für unsere Standards zu gewinnen, zeigt der Dialog mit der Firma Minolta. An den Bericht über die Arbeit des ökumenisch-diakonischen Ausschusses angehängt, findet sich ein erstes erfreuliches Ergebnis, Minolta im Rahmen unserer Ausschreibung auf unsere Standards zu verpflichten. Auch eine Betriebsbesichtigung gemeinsam mit dem KDA bei der Baufirma Frauenrath war geprägt von dem Austausch über gesellschaftliche Verantwortung, wie sie in einem Familienbetrieb noch selbstverständlich ist und sich im Falle dieses Betriebes sogar in einem Ethischen Leitbild niederschlägt.

Sie hoffen auf Erlösung von Krankheit und Leid. Da begegnen einem am Telefon von jetzt auf gleich Sehnsüchte des Lebens. Die Sehnsucht nach Gottes Heil, Erlösung, Befreiung kann ganz plötzlich, unmittelbar aufbrechen und duldet dann keinen Aufschub. Und am anderen Ende des Telefons hat ein Mensch Zeit für sie. Ohne Vorbedingungen und Ansehen der Person. Wahrlich ein Gottesdienst. 24 Stunden rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr stellen 54 Ehrenamtliche diesen Dienst sicher. Anonym, nicht mal im Freundeskreis wird von diesem Ehrenamt erzählt, um die Vertraulichkeit des Dienstes zu wahren. Wichtig ist darum die Begleitung und Unterstützung durch die Hauptamtlichen Margot Kranz vom Bistum Aachen und unserer Pfarrerin Kirsten Prey. Wer schon einmal die Anonymität der Einrichtung durchbrechen durfte, spürt schnell die besondere Atmosphäre zwischen den Mitarbeitenden, die füreinander eintreten, sich um einander kümmern, miteinander reden und miteinander feiern, um so gemeinsam den verantwortungsvollen und belastenden Dienst am Telefon leisten zu können. Für diesen Dienst dürfen wir dankbar sein!

Dankbar sind wir, dass Menschen sich für den Dienst in den KSV berufen lassen. Im Januar (24.1.) haben wir Stefan Palloks in Gangelt als Nachfolger für Dr. Forst eingeführt. Wie gut, dass Christen in unseren Gemeinden sich immer wieder neu herausrufen lassen von Gott, an ihrem Ort, mit ihren Kräften, sich seinem Anspruch stellen, auf seinen Zuspruch hin.

Als »Neue« im Kirchenkreis haben wir in ihren Verkündigungs- und Seelsorgedienst eingeführt die Pfarrer Erhard Reschke-Rank in der Gemeinde zu Düren (28.2.) als Nachfolger von Günther Pilger und Horst Grothe in Jülich (9.5.) als Nachfolger von Thomas Kreßner. Beide bringen Erfahrungen von anderen Gemeinden oder Diensten mit und stellen sich neuen Herausforderungen. Wir heißen sie mit ihren Familien herzlich willkommen im Kirchenkreis!

Die Gemeinde Inden-Langerwehe freut sich, dass ihre unruhigen Zeiten vorbei sind. Die Gemeinde hat sich mit Wolfgang Krosta über seine Einführung im März (19.3.) als Seelsorger für das Krankenhaus in Erkelenz und das ev. Altenzentrum in Hückelhoven gefreut. Am Reformationsfest hat sie dann die Einführung seines Nachfolgers Daniel Müller Thór gefeiert. Die Gemeinde Eschweiler freut sich darüber, dass die Zeit der Vakanz zu Ende geht. Am 12. Dezember soll Pfarrer Thomas Richter als Nachfolger von Friedhelm Schippers eingeführt werden. Wir können ihn als Gast schon heute auf der Synode herzlich willkommen heißen.

Unterstützung im Predigtendienst hat die Gemeinde Wegberg durch die Ordination (27.6.) von Thorsten Haßepen zum Prädikanten erhalten. Wir gratulieren ihm auch von dieser Stelle noch einmal, genauso wie Pfarrerin z.A. Anja Fresia, die ihre Ordination in Gangelt gefeiert hat (23.5.)

Jesus Christus, Haupt und Ältester seiner Gemeinde

Kirchengebäude am Markt sind sichtbare Monumente gewachsenen Selbstbewusstseins der evangelischen Kirche seit der ersten reformierten Generalsynode. Aber immer waren es die Menschen, die die sichtbare Kirche Jesu Christi lebendig gehalten haben.

1610 kamen in Duisburg 36 Männer als Abgeordnete ihrer Gemeinden zu einer Synode zusammen, weil die Kirche Gottes in ihren Strukturen sicherstellen muss, dass die heilsame Wahrheit Gottes gehört und erfahren werden kann. Diesem Auftrag dient die Struktur einer Kirche, die sich in Synoden konstituiert und dabei die Gemeinschaft aller Gemeinden und ihre gemeinsamen Aufgaben im Blick hat. Nah an den Menschen und ihren Ängsten, Sorgen und Nöten, ihrem Glauben, ihrer Hoffnung und ihrer Liebe. Und Jesus Christus als das Haupt seiner Kirche ist mitten unter ihnen in Wort und Sakrament. Er ist unser aller Mitte, Anfang und Ende. Als die Herrnhuter Brüdergemeinde 1741⁴² vor dem Problem stand, dass kein Oberältester für die Leitung gefunden wurde, suchten sie verzweifelt nach einem Ausweg und setzten schließlich Jesus Christus als Oberältesten in dieses Amt ein. Seitdem wird in dieser evangelischen Freikirche gefeiert, was heute als Zusatz zu den Losungen im Kalender steht: »13. November 1741: Alle Brüdergemeinen ehren Jesus Christus als Haupt und Ältesten seiner Gemeinde.«

⁴² Herrnhut wird 1722 gegründet, doch seine Geschichte beginnt viel früher. 1457, vor mehr als 500 Jahren, entsteht eine der ersten evangelischen Kirchen in Böhmen, die Unitas Fratrum oder Brüder-Unität. Die »Böhmischen Brüder«, wie sie auch genannt werden, berufen sich auf den Reformator Jan Hus, der 1415 in Konstanz als Ketzer verbrannt worden ist. Für ihre Gemeinschaft gelten einzig und allein die Aussagen der Bibel. In Folge der Gegenreformation kommen sie als Glaubensflüchtlinge Anfang des 18. Jahrhunderts auf das Gut von Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf in der Oberlausitz (Sachsen). Er gewährt ihnen Asyl. Herrnhut, eine christliche, sehr pietistisch geprägte, Glaubensgemeinschaft entsteht.

Das Datum der ersten Losung ist bekannt: Am 3. Mai 1728 bei der abendlichen Versammlung in Herrnhut, verkündet Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf (1700 – 1760) der Gemeinde ein kurzes Wort für den kommenden Tag.

Als Christinnen und Christen dienen wir uns nicht selbst. Wir dienen einem Höheren.

Als Kirche predigen wir uns nicht selbst. Wir predigen das Wort Gottes von der Gnade für alle Menschen und der Gerechtigkeit an allen Menschen.

Als Gemeinden schauen wir nicht auf uns selbst und unser Wohlergehen, sondern wir schauen wie Jesus Christus auf unsere Nächsten und ihre Not.

Der wissenschaftliche Theologe Dietrich Bonhoeffer, der spirituelle Dietrich Bonhoeffer, der die Erfahrungen aus Harlem und London aufgesogen und im Finkenwalder Predigerseminar mit Vikaren gelebt und gelehrt hat, der Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer und der Mensch Dietrich Bonhoeffer hatte immer Christus in der Mitte. Von ihm her und auf ihn hin hat er gelebt und gehandelt, gehofft und gelitten, hat er Zuversicht gefunden im Leben und im Sterben.

In seiner Ethik kommt Bonhoeffer zu der Erkenntnis: Gott hat die ganze Welt, (ton kosmon) in Christus versöhnt (2. Korinther 5,19). In Christus hat Gott die Welt geliebt (Johannes 3,16). Darin liegt für Bonhoeffer die Relevanz für die Weltzugewandtheit der Kirche. Alle ethischen Fragen entscheiden sich an der Christusfrage. Die Kirche hat Verantwortung für die Welt. »Und wo die Gemeinde diese Verantwortung nicht wahrnimmt, hört sie auf Gemeinde Christi zu sein.«⁴³

Mahnung sind mir darum die Worte aus der Konzeption der »Erinnerungs- und Begegnungsstätte Bonhoeffer-Haus«, Marienburger Allee 43 in Berlin-Charlottenburg:

»Erinnernd und belegend bleiben Dietrich Bonhoeffers Leben und Werk unter uns lebendig. In seiner theologischen Erschließung der biblischen Zeugnisse, seiner Sprache existenzieller Frömmigkeit, seiner ökumenischen Weite und seinem politischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus wird er selbst zum Zeugen seines Glaubens, der in Jesus Christus seine Mitte findet. Die Entrechtung und Ermordung von Juden klagt er früh und entschieden an. In der Bekennenden Kirche und in der Ökumene aber sind seine Entscheidungen nicht mehrheitsfähig. In persönlicher Verantwortung für seinen Glauben geht er den Weg in die Konspiration bis in den Tod. So bleiben sein Leben und Werk auch heute in konkreten kirchlichen und politischen Fragen eine Herausforderung für Glauben und Theologie, für gemeinsames Leben und Gestalten in Gemeinden und Kirchen, für unsere in Christus als der Mitte begründete Verantwortung für den Andern, für die Welt.«

Ich danke Euch für Eure Geduld.

Pfarrer Jens Sannig
- Superintendent -

⁴³ Dietrich Bonhoeffer, Ethik: S. 343. 9, Auflage Kaiser Verlag München 1981